



Gabriele Molitor

Mitglied des Deutschen Bundestages

Gabriele Molitor, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die
Teilnehmerinnen und Teilnehmer des
Kongresses der Fraktionsvorsitzendenkonferenz
zum Thema „Gemeinsamer Unterricht für Kinder
mit und ohne Behinderungen – Chance und
Herausforderung für die Bildungssysteme in
Deutschland“

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Raum 4.655
Telefon 030 227 – 71799
Fax 030 227 – 76779
E-Mail gabriele.molitor@bundestag.de

Berlin, 19.11.2009

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst möchte ich mich dafür entschuldigen, dass ich an dem heutigen Kongress der Fraktionsvorsitzendenkonferenz zum Thema „Gemeinsamer Unterricht für Kinder mit und ohne Behinderungen – Chance und Herausforderung für die Bildungssysteme in Deutschland“, nicht teilnehmen kann. Erst in der vergangenen Woche habe ich die Zuständigkeit für behindertenpolitische Fragen innerhalb der FDP-Bundestagsfraktion übernommen und die Einladung für die heutige Veranstaltung erhalten. Gern hätte ich diese Gelegenheit genutzt, um mich mit Ihnen zu diesem und anderen wichtigen Themen auszutauschen.

Lange vor dieser Berufung und meiner erstmaligen Wahl in den Deutschen Bundestag am 27. September habe ich bereits meine Mitwirkung an der Klausurtagung meines Kreisverbandes in Gummersbach zugesagt. Daher war es mir so kurzfristig leider nicht möglich, die Teilnahme an Ihrer Veranstaltung einzurichten. Auch meine Fraktionskollegen aus den Fachbereichen Bildung und / oder Behindertenpolitik sind an diesem Wochenende terminlich leider bereits anderweitig fest gebunden.

Wohlwissend, dass diese Absage und meine Begründung hierfür Ihre Enttäuschung im besten Falle nur ein wenig mildern kann, bitte ich dennoch um Ihr Verständnis dafür, dass die neue Kompetenzverteilung innerhalb meiner Fraktion, gepaart mit den für mich persönlich und auch für viele meiner Kollegen komplett neuen Abläufen im parlamentarischen Tagesgeschäft des Deutschen Bundestages, die Staffelübergabe von der 16. in die 17. Legislaturperiode erkennbar



Gabriele Molitor
Mitglied des Deutschen Bundestages

erschwert. In diesem Sinne verbleibe ich in der Hoffnung, dass sich diese verpasste Möglichkeit zum Gedankenaustausch in naher Zukunft nachholen lässt.

Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Kongress und würde mich freuen, wenn das von Frau Morsblech vorgetragene Grußwort eine Grundlage hierfür bilden könnte. Unseren zukünftigen Begegnungen sehe ich mit Freude und Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen



Gabriele Molitor
Mitglied des Deutschen Bundestages

Kongress der FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz: „Gemeinsamer Unterricht für Kinder mit und ohne Behinderungen – Chance und Herausforderung für die Bildungssysteme in Deutschland“
am 21. November 2009 in Stuttgart

Grußwort von Gabriele Molitor, MdB

Menschen mit Behinderung die tatsächliche Teilhabe ermöglichen

Politik für Menschen mit Behinderung ist Bürgerrechtspolitik. Jeder Mensch muss am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilhaben können, ob mit oder ohne Behinderung. Die größtmögliche Freiheit und ein höchstmögliches Maß an Eigenverantwortung ist dabei Richtschnur liberaler Politik. Menschen mit Behinderung brauchen klare Rechte und faire Chancen für ein freies und selbstbestimmtes Leben ohne Diskriminierung. In jedem Lebensabschnitt und in jeder Lebenssituation müssen sie ihr Leben so gestalten können, wie sie es möchten und können.

Das von Deutschland ratifizierte und im März 2009 rechtskräftig gewordene Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung (kurz VN-Behindertenrechtskonvention) kann ein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Selbstbestimmung, Teilhabe und Chancengleichheit behinderter Menschen sein. Die FDP steht uneingeschränkt hinter den Zielen des völkerrechtlichen Vertrags, der bereits bestehende Menschenrechte für die Lebenssituation behinderter Menschen konkretisiert. Er verbietet die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen.

Allein durch das Inkrafttreten der Konvention werden Menschen mit Behinderung aber keinen wesentlichen Fortschritt spüren. Um das Hauptziel der Konvention - das Begreifen von Behinderung als menschliche Normalität und nicht als Schwäche, zu erreichen, bedarf es einer sorgfältigen und öffentlichen Diskussion sowie einer Überprüfung der politischen, rechtlichen und sozialen Realität in Bund und Ländern. Die Konvention muss mit Leben erfüllt werden. Dafür müssen Bund, Länder und Gemeinden überprüfen, ob die Rahmenbedingungen und das staatliche Handeln dem Sinn der Konvention entsprechen. Anhand des Ergebnisses ist ein Aktionsplan zur Umsetzung der Konvention unter Beteiligung aller Akteure und Ebenen zu erarbeiten.



Gabriele Molitor

Mitglied des Deutschen Bundestages

Viele Menschen mit Behinderung knüpfen schon heute ganz konkrete Erwartungen an die Konvention. So leiten viele Eltern behinderter Kinder aus der Konvention ab, dass ihre Kinder nach Inkrafttreten des Übereinkommens nicht mehr Förderschulen besuchen müssen, sondern auch bei jeder Regelschule einen Anspruch auf Aufnahme und qualitativ hochwertige Förderung und Bildung haben. Denn Artikel 24 des Übereinkommens verlangt von und in Deutschland ein Bildungssystem, in dem Schülerinnen und Schüler mit Behinderung eine qualitativ hochwertige Bildung erhalten und gemeinsam mit nicht behinderten Altersgenossen lernen. Artikel 24 fordert somit ein inklusives Bildungssystem - ein System, das Ausgrenzung von vorneherein vermeidet. Leitbild ist das gemeinsame Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung.

Ein Blick auf die Statistik zeigt, dass ungeachtet der Schulgesetze aller Bundesländer, die das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht behinderten Schülern als Möglichkeit vorsehen, Deutschland beim gemeinsamen Unterricht weit unter dem Durchschnitt anderer europäischer Staaten liegt. So geht aus einer im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung erstellten aktuellen Studie hervor, dass in Deutschland im Bundesdurchschnitt nur 15 Prozent der Schüler mit Förderbedarf in allgemeinen Schulen beschult werden, während in Spanien, Italien und den skandinavischen Ländern fast alle Schüler mit Förderbedarf – egal ob sie lern-, körper- oder geistig behindert sind - gemeinsam mit nicht behinderten Kindern lernen. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang aber auf Unterschiede innerhalb Deutschlands. Von den Schülern mit Förderbedarf besuchen beispielsweise in Bremen gut 45 Prozent den gemeinsamen Unterricht, in Niedersachsen nur fünf Prozent. Diese große Bandbreite macht die Notwendigkeit von Transparenz und den Handlungsbedarf unmittelbar deutlich.

Deutschland beschreitet mit seinem hoch differenzierten Förderschulsystem somit im internationalen Vergleich einen Sonderweg. Rund 2,6 Milliarden Euro geben die Bundesländer laut der Studie jährlich für Förderschulen aus, an denen 400.000 Schüler unterrichtet werden. Der Untersuchung zufolge sind die Ergebnisse mager: Etwa 77 Prozent der Förderschüler bleiben ohne Schulabschluss mit entsprechenden Auswirkungen sowohl auf ihre berufliche Eingliederung als auch die Entwicklung von Kompetenzen, die ihnen eine selbstbestimmte und aktive Teilnahme an der Gesellschaft ermöglichen. Nur wenigen gelingt der Sprung in eine allgemeine Schule. Für die meisten endet der Sonderweg in einer Sackgasse, indem sie direkt von der Förderschule in eine Werkstatt für behinderte Menschen übergehen, aus der es nur sehr wenige auf den allgemeinen Arbeitsmarkt schaffen.



Gabriele Molitor

Mitglied des Deutschen Bundestages

Lernbehinderte Kinder, die gemeinsam mit Kindern ohne Förderbedarf lernen und leben, erzielen hingegen deutlich bessere Lern- und Entwicklungsfortschritte. Auch Schüler ohne Förderbedarf werden im gemeinsamen Unterricht nicht in ihrer Leistungsentwicklung gebremst. Wie mittlerweile umfangreiche Studien belegen, profitieren sie vielmehr vom gemeinsamen Unterricht, indem sie höhere soziale Kompetenzen entwickeln, während sich ihre fachbezogenen Schulleistungen nicht von den Leistungen der Schüler in anderen Klassen unterscheiden.

Diese Ergebnisse bestätigen die Zielsetzung der FDP-Bundestagsfraktion, so viel Inklusion wie möglich im Schulsystem zu realisieren. Es ist das Ziel liberaler Bildungspolitik, mehr Gemeinsamkeiten beim Leben und Lernen von behinderten und nicht behinderten Schülern in allen Schulformen zu suchen und zu fördern, sowie verbindlich inklusive Konzepte individueller Förderung in den allgemeinbildenden Schulen vorzulegen. Übergänge und Rückschulungen sollen zu jedem Zeitpunkt möglich sein. Ein Wahlrecht muss erhalten bleiben, sich auch für eine Förderschule entscheiden zu können. Deshalb ist die Beschulung in speziellen Förderschulen dort beizubehalten, wo dies zum Wohle der Kinder notwendig ist. Förderschulen sollen dabei in einem Netzwerk enge Kontakte mit ihrem Umfeld und den Regelschulen pflegen. Die FDP will den Ausbau von Regel- und Förderschulen unter einem Dach und die Einrichtung von Förderschulklassen an der Regelschule forcieren, da die Vorteile beider Fördervarianten hier am besten verwirklicht werden können. Insgesamt muss der Prozess allen gerecht werden: den Eltern, die ein individuelles Recht auf optimale Förderung ihres Kindes haben, den Eltern, die das Beste für ihr Kind wollen und den Lehrkräften bzw. den Schulen, die entsprechende Möglichkeiten und Kompetenzen zur individuellen Förderung erhalten müssen.

Wir alle wissen, dass Bildung in Deutschland Aufgabe der Länder ist. Doch auch, wenn die Umsetzung des Artikel 24 der VN-Konvention der Bildungshoheit der Länder unterliegt, ist sie zugleich eine Herausforderung für das bestehende Schulsystem in Deutschland insgesamt. Die Entwicklung inklusiver Schulen wird die Schullandschaft in Deutschland verändern. Die Bundesregierung will und wird unterstützen, wo dies möglich und gewollt ist, ohne die Zuständigkeit der Bundesländer in Frage zu stellen.

Der Übergang kann dabei nicht von heute auf morgen geschehen. Notwendig ist ein breiter Diskussions- und Abstimmungsprozess, der alle Beteiligten mitnimmt und ihnen gerecht wird. Ich freue mich, dass wir uns im Rahmen dieses Kongresses gemeinsam mit den Fachverbänden



Gabriele Molitor

Mitglied des Deutschen Bundestages

und der interessierten Öffentlichkeit den Herausforderung der VN-Konvention für unser Bildungssystem stellen und über Strategien und pragmatische Lösungsansätze für eine bessere inklusive Bildung in Deutschland diskutieren.

Wir alle müssen dazu beitragen, dass die Konvention in Deutschland zu einem Bewusstseinswandel und zu einer Veränderung des Alltags in unserer Gesellschaft hin zu gleichberechtigter Teilhabe führt. Lassen Sie uns in ein inklusives Schulsystem investieren, das die Individualität und Vielfalt der Schüler wertschätzt und die individuelle Förderung in den Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit stellt. Nur gute Bildung ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und befähigt zu einem freiheitlichen und selbstbestimmten Leben. Wir Liberalen stehen für den Wettbewerb um die besten Lösungen und für Vielfalt, die die Begabungen der Kinder fördert und allen einen möglich großen Lernerfolg bietet. Das Miteinander von behinderten und nicht behinderten Menschen muss selbstverständlich werden.